

Pressemitteilung

München, den 10. Oktober 2024

Defizitwelle der Krankenhäuser bringt Kommunen in die Krise

„Die Situation der kommunalen Krankenhäuser spitzt sich dramatisch zu. Die Existenz vieler Krankenhäuser ist akut bedroht, weil die Defizite nicht mehr ausgeglichen werden können. Seit 2019 mussten allein die kreisfreien Städte in Bayern eine hohe Summe von über einer halben Milliarde Euro aufbringen, um das Eigenkapital ihrer Kliniken zu stärken. Und die Finanzlage der Krankenhäuser verschlechtert sich weiter ungebremst. Viele kreisfreie Städte sind kaum mehr in der Lage, weiterhin die steigenden Defizite ihres Krankenhauses finanziell zu tragen“, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr. Bei den Landkreisen wirken sich die Mehrbelastungen massiv auf die Kreisumlagen aus: Dies hat wiederum zur Folge, dass die steigenden Kreisumlagen in kreisangehörigen Städten und Gemeinden enorme Löcher in die Haushalte reißen.

Pannermayr: **„Seit zwei Jahren warnen die kommunalen Spitzenverbände vor der Gefahr des Krankenhaussterbens. Der Bund muss endlich mit Soforthilfen die Betriebskostendefizite mindern und darf nicht die notwendige Reform abwarten. Und solange der Bund nicht hilft, muss der Freistaat mit eigenen Mitteln Soforthilfe leisten.“** Neben Soforthilfen muss die Krankenhaus-Reform des Bundes die strukturelle Unterfinanzierung beenden und die Finanzierung auf eine sichere Basis stellen.

Reformen der Krankenhausfinanzierung sind notwendig und überfällig. Bund und Länder müssen konstruktiv die Krankenhausreform angehen und sich auf ein gemeinsames Konzept für eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung verständigen. Pannermayr: **„Ohne zusätzliche Mittel von Bund und Freistaat werden sich die Herausforderungen in der Krankenhauslandschaft nicht bewältigen lassen.“**

Die gefährliche finanzielle Schieflage ist zum einen strukturell bedingt, da die Zahl der leerstehenden Krankenhausbetten zu hoch ist und die steigenden Kosten über das System der Fallpauschalen nicht ausreichend refinanziert werden können. Und zum anderen sind gerade in den Jahren seit 2019 die Kosten drastisch gestiegen aufgrund der Corona-Pandemie und als

Folge der Inflation und steigenden Energiepreisen. Höhere Kosten fielen für Medikamente, medizinisches Material, Gerätschaften und Personal an. Ein zusätzliches Problem: Wegen des Personalmangels müssen teilweise Stationen schließen, so dass weniger Patientinnen und Patienten aufgenommen werden können.

Die Kommunen schießen hohe Beträge zu, um die medizinische Versorgung der Menschen regional sicherzustellen, sagt Pannermayr: **„Die bittere Realität zeigt: Kommunen sind zu Ausfallbürgen geworden, die Defizite ausgleichen. Das darf nicht sein. Bund und Freistaat dürfen die Dinge nicht treiben lassen. Der Bund muss seiner Pflicht nachkommen, die Betriebskosten für Krankenhäuser sicherzustellen. Der Freistaat muss seiner Verantwortung für die Krankenhausplanung gerecht werden. Die Gesundheitsversorgung ist in akuter Gefahr. Wenn nicht sofort gehandelt wird, werden einige Kliniken die Ergebnisse der geplanten Krankenhaus-Reform nicht mehr erleben.“**

Die mögliche Reduzierung von Krankenhausstandorten muss koordiniert erfolgen, ansonsten droht ein unstrukturiertes Krankenhaussterben in Bayern. Eine aktive Krankenhausplanung darf sich nicht auf die Finanzierung von Gutachten und die Anregung von Regionalkonferenzen beschränken. Es ist sinnvoll, wenn der Freistaat mit einem bayernweiten Gutachten eine solide Datenbasis erarbeitet – das ist jedoch nur der erste Schritt, denn aus den Daten müssen Schlüsse gezogen werden. Es muss im zweiten Schritt für den gesamten Freistaat klarwerden, in welchen Regionen sich Überangebote zeigen und wo Defizite in der Versorgung drohen. Dies betrifft nicht nur ländliche Räume, sondern auch die Verdichtungsräume. Nötig ist eine transparente bayernweite Betrachtung der Krankenhauslandschaft mit kommunalen Trägern, Universitätskliniken, freien Trägern und privaten Krankenhäusern.